

# Moderne Demokratietheorien

Hubertus Buchstein

## 1. Einleitung

„Demokratie“ gehört zu den Schlüsselbegriffen der modernen Politikwissenschaft und erfüllt im Fach eine wichtige Orientierungsfunktion.<sup>1</sup> Der moderne Demokratiebegriff und die Politikwissenschaft sind untrennbar miteinander verwoben. Sei es die Gründung der modernen Politikwissenschaft in den USA im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, ihr Aufbau in England, Frankreich und Skandinavien in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts, die Etablierung politikwissenschaftlicher Professuren an bundesdeutschen Universitäten nach 1949 oder die Expansion der Disziplin nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1990 – fast ausnahmslos erfolgte die Einrichtung der Politikwissenschaft unter dem Signum einer Demokratiewissenschaft. Konzeptionell besteht diese Demokratiewissenschaft aus dem Dreiklang einer normativ und ideengeschichtlich ansetzenden *Demokratiebegründung*, einer empirisch und analytisch vorgehenden *Demokratieforschung* und einer reformpolitisch und pädagogisch inspirierten *Demokratiepraxis*.

Mit dieser vordergründigen Orientierung am Demokratiebegriff sind die Gemeinsamkeiten in der modernen Politikwissenschaft allerdings auch schon erschöpft. Denn seit ihrer Gründung ist die Disziplin von rivalisierenden Vorstellungen darüber, was unter dem Begriff „Demokratie“ genau zu verstehen ist, geprägt. Solche Differenzen dürfen Studierende der Politikwissenschaft nicht allzu sehr überraschen – spiegeln sie doch lediglich wider, dass unter den Bürgerinnen und Bürgern in modernen Demokratien (wie unter den Studierenden des Faches) uneinheitliche Vorstellungen darüber verbreitet sind, was eine Demokratie kennzeichnet bzw. kennzeichnen sollte. Für den Demokratiebegriff gilt, was in den beiden vorangegangenen Kapiteln in diesem Studienbuch zur Politischen Ideengeschichte an Beispielen der Verwendung anderer zentraler Begriffe der Politischen Theorie ablesbar war: „Demokratie“ gehört zu den „*contested concepts*“ oder „umkämpften Begriffen“, die in der gesellschaftspolitischen Kommunikation nicht einfach nur als eine sachliche Bezeichnung für bestimmte politische Phänomene fungieren, sondern die in ihrer Verwendungspraxis zugleich bewertende Urteile wie Zustimmung, Hoffnung, Verachtung oder Ablehnung ausdrücken.<sup>2</sup> Keine noch so sehr auf wissenschaftliche Neutralität zielende Begriffswahl wird diese performative Dimension vollständig ausschalten können. Die Politikwissenschaft kann allenfalls

---

1 In diesem Beitrag greife ich in mehreren längeren Passagen auf meinen Artikel „Demokratie“ (Buchstein 2011) zurück. – Für kritische Kommentare und Hinweise danke ich Antonia Geisler, Kerstin Pohl und Manfred G. Schmidt.

2 Zum Konzept der „umkämpften Begriffe“ in der politischen Ideengeschichte vgl. Göhler/Iser/Kerner (2011).

versuchen, mit Hilfe ihres analytischen Instrumentariums auf Distanz zu diesen verschiedenen Verwendungsweisen zu gehen und sie im Hinblick auf ihre unterschiedlichen normativen, empirischen und praktischen Geltungsansprüche kritisch in den Blick zu nehmen.

Die Umstrittenheit des Demokratiebegriffs gehört genau genommen sogar zu seinem Überlebens- und Erfolgsrezept. Die Auslegung des Demokratiebegriffs steht seit mehr als zwei Jahrhunderten im Zentrum von politischen Konflikten zwischen den Befürwortern und Gegnern von Demokratie. Es begann im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, als der Begriff zunächst in den Niederlanden, Frankreich und den USA neu aufkam, und setzte sich seitdem fort: im 19. Jahrhundert in Australien, Neuseeland, England und auf dem europäischen Kontinent, im 20. Jahrhundert zusätzlich in Lateinamerika, Asien und Afrika und zuletzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Nordafrika mit der ‚Arabellion‘ sowie in den oppositionellen Diskursen Russlands und Chinas. Mit der Verbreitung des Demokratiebegriffs werden die Unterschiede und Nuancierungen bei seiner Verwendung in Zukunft vermutlich weiter zunehmen: Denn von dem Zeitpunkt an, ab dem ‚Demokratie‘ zur zentralen Selbstbeschreibungsförmel in modernen politischen Systemen wird, schlüpfen die politischen Differenzen innerhalb einer Gesellschaft gleichsam in diese Formel hinein und geben sich häufig nur noch als unterschiedliche Begriffsauslegungen zu erkennen.

## 2. Die drei semantischen Transformationen des Demokratiebegriffs

Wie ist es zum Siegeszug des modernen Demokratiebegriffs gekommen? Das Wort Demokratie stammt bekanntlich aus der politischen Ordnungsformenlehre der griechischen Antike und diente zur Klassifizierung einer politischen Ordnung, in der das Volk (*demos*) seine politische Macht kraftvoll ausübt (*kratein*) (vgl. Ober 2008). Bereits in der Antike gab es keine Einigkeit über die genaue Wortbedeutung von *demokratia*; die antiken Wortgefechte wurden beispielsweise um die Frage geführt, welche sozialen Gruppen zum *demos* gehörten und welche Institutionen typisch demokratisch sind. Im Hinblick auf ihre institutionelle Ausgestaltung hat die zeitgenössische moderne Demokratie mit ihren Vorläufern aus der Antike kaum mehr gemeinsam als den Namen (vgl. Finley 1980).

Die antiken Demokratien in Athen und den vielen anderen Poleis praktizierten eine direkte Form der politischen Herrschaftsausübung, in der nicht nur gemeinsam beraten wurde, sondern alle wesentlichen Entscheidungen von der versammelten Bürgerschaft direkt getroffen wurden. Die Volksversammlung war das höchste und von keiner Verfassung oder anderen politischen Institutionen in ihren Kompetenzen eingeschränkte Gremium. Demokratische Politik fand ihren Ausdruck zudem im Losverfahren und im Rotationsprinzip bei der Besetzung politischer Ämter. Politische Systeme, die heute den Namen Demokratie tragen, zeichnen sich demgegenüber durch die Existenz von Repräsentativorganen, Personalwahlen, Gewaltenteilung, Massenmedien, eine Vielzahl intermediärer Organisationen (wie Parteien und Verbände) und durch von der Verfassung gesetzte Grenzen der politischen Entscheidungsfreiheit aus.

In der ideengeschichtlichen Retrospektive lässt sich erkennen, dass sich die Bedeutungsverschiebung vom antiken zum modernen Demokratiebegriff in einem langen Transformationsprozess vollzogen hat. Die grundlegenden semantischen Veränderungen betreffen die Bewertung, die Zeitlichkeit und die Institutionalisierung von Demokratie und lassen sich mit den drei Formeln ‚Positivierung‘, ‚Futurisierung‘ und ‚Anreicherung‘ überschreiben.

1. *Positivierung.* In den antiken Theorien von Platon und Aristoteles sowie von Cicero und Polybios war Demokratie ein Negativbegriff. Alle wesentlichen Quellen, aus denen uns der antike Demokratiebegriff überliefert ist, stammen von Kritikern, wenn nicht entschiedenen Gegnern der Demokratie. Ihre Kritik war vehement, und die Mängelliste der Demokratie enthielt ganz unterschiedliche Punkte: Sie beteilige unqualifizierte Bürger an der Politik, sie kompliziere politische Entscheidungsgänge, sie produziere schlechte Entscheidungen, sie verderbe die politische Kultur oder sie sei schlicht eine amoralische Ordnung – um nur die wichtigsten Kritikpunkte zu nennen. Diese negative Verwendung des Begriffs setzte sich ungebrochen über das Mittelalter bis in die Neuzeit fort, und erst bei Spinoza und Rousseau finden wir Versuche, die Demokratie positiv zu bestimmen. Durchsetzen konnte sich die positive Konnotation von Demokratie aber nur allmählich nach der Französischen Revolution und dann im Zuge der Ausweitung des Wahlrechts in den USA, in Westeuropa, Neuseeland und Australien im 19. Jahrhundert. Begleitet war dieser Prozess von ideologischen Auseinandersetzungen, die erst Mitte des 20. Jahrhunderts ihr Ende fanden. Heute ist die Transformation zu einem Positivbegriff zumindest im westlichen Kulturkreis abgeschlossen. Der Begriff hat sich zu einem normativen Maßstab in globalen politischen Auseinandersetzungen entwickelt. Die Demokratie findet in modernen Demokratien zwar viele interne Kritiker an ihrer Verfassungsrealität, aber nur wenige grundsätzliche Gegner.
2. *Futurisierung.* Schon den politischen Denkern des Hellenismus und späteren römischen Autoren wie Cicero galt die Demokratie als eine Regierungsform einer vergangenen Epoche. Demokratie wurde vergangenheitsorientiert gedacht und mit der Existenz kleiner Stadtstaaten aus der untergegangenen Welt der griechischen Antike verbunden. Schon deshalb war sie – ungeachtet ihrer negativen Aspekte – für Autoren wie Montesquieu, John Locke oder die Verfasser der *Federalist Papers* keine ernsthafte Begriffsoption für die politische Zukunft. Positiver urteilte Hegel über die antike Demokratie, aber auch er vermochte ihr seit der Freisetzung des subjektiven Geistes keine Zukunft mehr zu attestieren. Selbst Autoren wie Spinoza, Hugo Grotius und Rousseau, deren Theorien große Positivierungsschritte wagten, blieben bezüglich einer realistischen Zukunft der Demokratie eher zurückhaltend. (Nimmt man eine solche Perspektive ein, dann war die Jakobinerherrschaft in Frankreich der Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, und musste deshalb zwangsläufig im Terror enden.) Erst mit Tocquevilles Buch über Amerika beginnt sich eine politische Rhetorik durchzusetzen, die die dominante Zeitstruktur im Bewusstsein vieler Zeitgenossen umkehrt und Demokratie als ein Projekt der Zukunft wahrnehmen lässt. In Tocquevilles Sicht war Nordostamerika schon in weiten Teilen eine Demokratie, und auch in Europa würde sie sich bald

durchsetzen, so problematisch diese Tendenz auch sei. Erst diese Futurisierung machte den Demokratiebegriff zum Schlüsselbegriff der politischen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts. Gegner wie Befürworter der Demokratie wurden durch diese Perspektive elektrisiert. Die einen, weil sie nun einer Herausforderung gegenüberstanden, die für sich Zukunft beanspruchte; die anderen, weil sie ein realisierbares politisches Projekt mit dem Namen ‚Demokratisierung‘ vor Augen hatten (vgl. Hirschman 1992; Femia 2001). Ungeachtet aller Sorgen und Krisendebatten setzte sich letztlich dieser generelle Zukunftscharakter der Demokratie unter ihren Befürwortern durch.

3. *Anreicherung.* Schließlich erfuhr der Demokratiebegriff eine Veränderung in seinem institutionellen Inventar. Bestand in der Antike ein Primat der politischen Partizipation und ihrer Institutionen, so setzte sich allmählich eine konstitutionelle Verwendungsweise durch, die das Moment der direkten Beteiligung einschränkte. Es ist der von Benjamin Constant im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts so begrüßte Wechsel von der ‚Freiheit der Alten‘ (in der Antike) zu der ‚Freiheit der Neuen‘ (in der aufkommenden Industriegesellschaft), der diesen paradigmatischen Bruch deutlich macht: Die Durchsetzung der positiven Bewertung des Demokratiebegriffs geht historisch mit dem Primat liberaler Abwehrrechte sowie mit dem Einbau des Repräsentativsystems einher. Die institutionellen Folgerungen dieses Transformationsschritts sind erheblich: Die Demokratie wird als Ordnung betrachtet, die mit einem System von *checks and balances* angereichert werden muss, damit die negative Freiheit – der Schutz des Individuums vor Beschlüssen der demokratischen Mehrheit – gesichert bleibt. Die Liste der Vorschläge, wie die Institutionen der Demokratie entsprechend komplettiert werden sollten, ist lang und bezeugt ein hohes Maß an Kreativität der zeitgenössischen Autoren. Die wichtigsten hinzugefügten Elemente sind institutionelle Garantien von Rechtsstaatlichkeit (z. B. Unabhängigkeit der Justiz oder Verfassungsgerichtsbarkeit), verschiedene Modelle der Gewaltenteilung, der Föderalismus und mehrstufige Repräsentativsysteme.

Das gegenüber dem antiken Sprachgebrauch dreifach transformierte Verständnis von Demokratie hat im 20. Jahrhundert als politisches Ordnungssystem einen imposanten globalen Siegeszug erlebt. Wenn in diesem Sinne heute von Demokratie gesprochen wird, ist damit keine selbst ernannte ‚Volksdemokratie‘ wie in Nordkorea und auch keine ‚gelenkte Demokratie‘ wie in Russland gemeint, sondern das Attribut ‚demokratisch‘ wird an mehrere Minimalbedingungen gekoppelt – in diesem Sinne ist die Demokratie kein völlig offener Begriff, der „*essentially contested*“ ist, sondern ein „*boundedly contested concept*“ (Lord 2004: 11f.), das über einen Bedeutungskern verfügt, über den Konsens besteht, das aber in seinen Außenbereichen umstritten ist.

Die *Minimalbedingungen* des Systemtyps ‚moderne Demokratie‘ lassen sich aus einem einzigen normativen Grundprinzip ableiten: dem Anspruch auf politische Gleichberechtigung aller Angehörigen einer politischen Ordnung. Im Einzelnen lauten die vier Minimalbedingungen: (1) Der Kreis der Autoren und der Kreis der Adressaten der für ein politisches Kollektiv verbindlichen und in einer Verfassung garantierten Regeln sind deckungsgleich.



(2) Diese Regeln werden über den Weg allgemeiner, freier und gleicher Wahlen, die (3) in regelmäßigen Abständen eine gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsangehörigen bei der Wahl oder Abwahl des politischen Führungspersonals möglich machen, hergestellt. (4) Die freie Meinungsäußerung und Interessenwahrnehmung durch gesicherte Rechte der politischen Selbstorganisation und politischen Opposition für alle Bürger sind in allen Phasen des politischen Prozesses garantiert.

Ließ sich die Zahl solcher Demokratien zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch an zwei Händen abzählen, so war ihre Zahl 100 Jahre später enorm angestiegen. Die rapide Vermehrung von modernen Demokratien erfolgte in mehreren Wellen. Die erste Demokratisierungswelle startete im Amerika des 19. Jahrhunderts und ließ bis 1922 (dem Jahr des Machtantritts von Mussolini) insgesamt 29 nach heutigen Maßstäben halbwegs entwickelte Demokratien entstehen. Eine zweite Welle hatte ihren Impuls in der Demokratisierungspolitik der westlichen Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg und hatte ihren Höhepunkt im Jahre 1962 mit 36 Demokratien weltweit. Mitte der 1970er Jahre setzte eine dritte Demokratisierungswelle ein, die vor allem Länder in Lateinamerika und Südeuropa betraf. Die vierte Welle entstand zu Beginn der 1990er Jahre, als in einer Reihe von Ländern aus dem Bereich des ehemaligen Ostblocks der Übergang zur modernen Demokratie beschritten wurde. Im Jahre 2010 wurden 116 von 194 selbständigen Staaten von Freedom House zu den Demokratien gerechnet. Das ist ein Anteil von 59,7 Prozent. So imposant diese Zahl im historischen Vergleich auch anmutet, so wenig darf darüber die Tatsache aus dem Blick geraten, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung heute weiterhin in autokratischen Regimen oder in Gesellschaften ohne ein geordnetes politisches System lebt. Und ob sich aus dem ‚arabischen Frühling‘ der Jahre 2011/12 eine dauerhafte neue, fünfte Welle der Demokratisierung formiert, wird erst im Abstand von einigen Jahren festzustellen sein.

### **3. Die drei grundlegenden Typen moderner Demokratietheorien: empirische, formale und normative Theorieansätze**

Es gibt von Seiten der Politikwissenschaft für die Bewältigung des demokratietheoretischen Pluralismus mehrere Sortierhilfen. Grob lassen sich diese Sortierungen in zwei Verfahrensweisen einteilen: eine diachronische und eine synchronische. Beim ersten Verfahren werden die ideengeschichtlichen Linien des demokratischen Denkens nachgezeichnet. Der Zweck dieses Verfahrens besteht darin, grobe Phaseneinteilungen und markante thematische Änderungen im demokratischen Denken zu ermitteln, um auf diese Weise die erreichten ‚Fort-schritte‘ moderner Demokratietheorien demonstrieren zu können.<sup>3</sup> Beim zweiten Verfahren werden Demokratietheorien zu Modellen oder Ansätzen verdichtet, um diese besser miteinander vergleichbar zu machen.<sup>4</sup>

---

3 Die besten ideengeschichtlichen Einführungen geben Dunn (2005) und Saage (2005). Einen ideengeschichtlichen Überblick auf Basis von Quellentexten und Texterläuterungen bietet Massing/Breit/Buchstein (2012).

4 Die besten nach Ansätzen sortierten Einführungen geben Held (2006) und Lembecke/Ritzi/Schaal (2012).

Alternativ zu diesen beiden Vorgehensweisen wird in der nachfolgenden Sortierung die Frage ins Zentrum gestellt, mit welchem Erkenntnisinteresse an das Thema Demokratie herangegangen wird. Es lassen sich dann drei grundlegende Typen von Demokratietheorie unterscheiden: der empirische, der formale und der normative Typus. Die *empirischen* Demokratietheorien versuchen zu ermitteln, welche konkrete Form von Demokratie welche Art von Politikergebnissen erzeugt. Die *formalen* Demokratietheorien leiten ihre Modelle aus bestimmten Rationalitätsannahmen über Akteure oder Systemzusammenhänge ab. Die *normativen* Demokratietheorien sind bestrebt, die Demokratie als die in vernünftiger Hinsicht beste aller politischen Ordnungssysteme zu rechtfertigen.

Mit diesen drei Typen sind unterschiedliche politikwissenschaftliche Perspektiven und Herangehensweisen an moderne Demokratien verbunden. Viele politikwissenschaftliche, aber auch viele tagespolitische Debatten über demokratiepolitische Fragen könnten mit weniger Heftigkeit, mit weniger Missverständnissen und mit mehr Gewinn für alle daran Beteiligten geführt werden, wenn man die typologische Unterscheidung im Blick behielte.

### 3.1 Empirische Demokratietheorien

Empirische Demokratietheorien beanspruchen, politische Systeme, die den Namen Demokratie tragen, zu beschreiben und zu Aussagen über kausale politische Wirkungszusammenhänge in diesen Systemen zu gelangen.<sup>5</sup> Ideengeschichtlich lässt sich die empirische Analyse von Demokratien bis zu Texten von Platon und Aristoteles zurückverfolgen. Moderne empirische Demokratietheorien klassifizieren unterschiedliche Typen demokratischer Systeme, benennen deren Funktionsvoraussetzungen und messen deren Leistungsfähigkeit. Sie bedienen sich dabei unterschiedlicher Methoden der qualitativen und quantitativen Sozialforschung. Ihre Theoriebildung erfolgt in der Regel induktiv auf dem Wege der schrittweise vorgehenden Verallgemeinerung von empirischen Befunden.

Die wichtigsten Themen, mit denen sich empirische Demokratietheorie derzeit befasst, sind die Voraussetzungen der Demokratie, die unterschiedlichen Demokratieformen und deren Leistungsfähigkeit sowie die Gefährdungen der Demokratie.

#### 3.1.1 Die Voraussetzungen der Demokratie

Moderne Demokratien sind auf begünstigende soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungen angewiesen. Die empirische Demokratieforschung fragt nach dem konkreten Einfluss dieser Bedingungsfaktoren und danach, inwieweit demokratische Institutionen ihrerseits gesellschaftlichen Wandel bedingen. In den klassischen Demokratietheorien wurden gesellschaftliche Homogenität sowie eine insgesamt überschaubare Größe des politischen Gemeinwesens als Gelingensbedingungen von Demokratien angesehen. Während der territoriale Faktor in der modernen Theorie, die es mit Massendemokratien in Flächenstaaten zu tun hat, inzwischen weniger bedeutend geworden ist, spielt das Homogenitätserfor-

---

<sup>5</sup> Den besten und umfassendsten Überblick über den gegenwärtigen Stand der empirischen Demokratietheorie bieten Teil III und Teil IV von Schmidt (2010).

dernis heute eine ambivalente Rolle. Im Anschluss an Claus Offe und Philippe Schmitter (1995: 513ff.) können folgende fünf Bedingungen als unabdingbar für die Etablierung und Aufrechterhaltung von modernen Demokratien gelten: 1) die Selbstanerkennung einer politischen Gemeinschaft in Form der Anerkennung der äußeren Landesgrenzen und des historischen Erbes einer gemeinsamen politischen Kultur; 2) die Ablehnung von theokratischen Regimes und stattdessen die breitenwirksame Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen Einstellungen; 3) die Überbrückung von starken ethnisch definierten Trennungslinien innerhalb einer Gesellschaft; 4) ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kapitalistischen Modi der Produktion, Akkumulation und Distribution auf der einen und Interventionen eines demokratisch legitimierten Staates im Interesse eines hinreichend großen Teils der Bevölkerung auf der anderen Seite; 5) ein Maß an sozialer Gerechtigkeit, das es für alle größeren sozialen Gruppen und Klassen attraktiv erscheinen lässt, sich an die Spielregeln des demokratischen Systems zu halten. Zu diesen hier genannten Bedingungen benötigen funktionierende Demokratien Machtpluralismus im Sinne einer Streuung von Machtressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft. Je stärker Machtpositionen in einer Demokratie verteilt sind und je geringer der Konzentrationsgrad von gesellschaftlicher Macht ist, desto stabiler sind sie (vgl. Vanhanen 2003).

Als mindestens ebenso wichtige Voraussetzung ist der wirtschaftliche Entwicklungsstand einer Gesellschaft zu nennen. Ab einem bestimmten ökonomischen Entwicklungsstand haben Länder eine hohe Wahrscheinlichkeit, zu einer Demokratie zu werden; wohlhabende Staaten haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, eine Demokratie zu bleiben. Die Debatte über die Entwicklungsuntergrenze – Adam Przeworski hat sie mit 4.000 Dollar pro Einwohner (in Preisen von 1990) sehr genau einzugrenzen versucht – ist ebenso noch im vollem Gange wie die Debatten über historische Ausnahmen von dieser Regel sowie über das relative Gewicht des ökonomischen Faktors im Zusammenhang mit den zuvor genannten Faktoren (vgl. Przeworski 2006; Teorell 2010). Hinter diesen Forschungen stehen handfeste demokratiepolitische Erkenntnisinteressen: Je genauer die empirische Demokratietheorie die Voraussetzungen der Demokratie ermitteln kann, desto besser mag es gelingen, weltweit stabile Demokratien zu schaffen.

### 3.1.2 Demokratieformen und Demokratieperformanz

Der größte Teil der Forschung im Bereich der empirischen Demokratietheorie beschäftigt sich mit der Beschreibung, Klassifikation und Analyse von modernen Demokratien. Neben deskriptiven Fallstudien gehören zu dieser Forschung verschiedene Bestrebungen, mit Hilfe von Klassifikationen Ordnung und Übersicht in die empirische Vielfaltigkeit an institutionellen Ausgestaltungen von modernen Demokratien zu bekommen. Die wichtigsten sechs Klassifikationen der empirischen Demokratieforschung sind: die drei älteren Unterscheidungen zwischen der Direktdemokratie und der repräsentativen Demokratie, zwischen föderalistischen und einheitsstaatlichen Demokratien und zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien. Später hinzugekommen sind die Unterscheidungen zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie, zwischen Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien und

zwischen Demokratien mit unterschiedlich vielen Vetospielern. Zu allen genannten sechs Klassifikationen finden sich Hybride, Zwischenformen und Ergänzungen, die in der empirischen Demokratieforschung näher untersucht werden.<sup>6</sup>

Das Interesse der empirischen Demokratietheorie an solchen Klassifikationen entzündet sich an der Frage nach der Leistungsfähigkeit von verschiedenen Ausprägungen der modernen Demokratie. Diese Leistungsfähigkeit – oder Performanz, wie der Fachausdruck lautet – wird in zwei Dimensionen untersucht. Zum einen sollen Messverfahren ermitteln, welche Unterschiede es zwischen bestehenden Demokratien im Hinblick auf ihre Qualität als Demokratien gibt (intrinsische Performanz). Zum anderen wird danach gefragt, welche institutionellen Settings in modernen Demokratien am besten geeignet sind, um bestimmte politische Probleme zu lösen (extrinsische Performanz, vgl. Roller 2011).

Vor allem die folgenden empirischen Befunde haben das Interesse über den Kreis der daran Forschenden hinaus erweckt, weil sie tradierten Vorurteilen widersprechen: Präsidientielle Systeme sind parlamentarischen in ihrer Problemlösungsfähigkeit ebensowenig überlegen, wie sich die ältere These von der besseren Problemlösungsfähigkeit von Mehrheits- oder Konkurrenzdemokratien gegenüber Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratien aufrechterhalten lässt. Folgt man den Befunden von Arend Lijphart in seinem Buch *Patterns of Democracy* (2012), sind Verhandlungsdemokratien den Mehrheitsdemokratien in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung mindestens gleichrangig und schneiden bei der Inflationsbekämpfung sogar besser ab. Überlegen sind sie vor allem bei sogenannten weichen Politikzielen wie Umweltschutz, Entwicklungspolitik und Sozialpolitik. Auch die vor allem in Deutschland gegen die direkte Demokratie ins Feld geführten Bedenken, dass Referenden in erster Linie Demagogen begünstigen oder dass rechtspopulistisches Gedankengut auf diese Weise zur besseren Durchsetzung gelangt, können als widerlegt gelten (vgl. Abromeit 2003). Ein weiterer allgemeiner Befund von empirischen Demokratietheorien besteht in der Bedeutung von Pfadabhängigkeiten bei institutionellen Entwicklungswegen von Demokratien, die eine Skepsis gegenüber den Erfolgchancen und den Wirkungen von radikalen Reformvorhaben nähren.

### 3.1.3 Gefährdungen und Selbstgefährdungen von Demokratien

Angesichts der routiniert anmutenden Regelmäßigkeit, mit der in der Vergangenheit Krisen der modernen Demokratie ausgerufen wurden, könnte man auf den Gedanken kommen, dass wir es dabei gar nicht unbedingt mit Situationen von tatsächlichen Krisen zu tun haben, sondern dass das Gespräch über die Krise zur Normalität einer funktionierenden Demokratie gehört. Doch diese dramatisierenden Krisenszenarien öffnen den Raum für kritische Diagnosen und den genaueren Blick auf problematische Phänomene, und erst Krisendebatten bieten den Anlass für eine politische Selbstvergewisserung oder die Suche nach Reformvorschlägen.

Die beruhigenden Stimmen unter den empirisch arbeitenden Politikwissenschaftlern weisen nüchtern darauf hin, dass Demokratien im Vergleich mit Autokratien bislang deutlich bessere Lern- und Problemlösungsfähigkeiten an den Tag legen: Sie verfügen über gute

6 Zu diesen Unterscheidungen und den empirischen Forschungen Schmidt (2010: 289ff).

institutionelle Frühwarnsysteme, sie genießen unter ihren Bürgern hohe Zustimmungsraten, sie können sich außenpolitisch gut gegen ihre Gegner zur Wehr setzen, überdies ist die generelle ‚Großwetterlage‘ für Demokratien weiterhin gut. Zudem haben Demokratien oberhalb eines bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstandes eine längere Lebensdauer als Autokratien. Und umgekehrt gilt als generelle Regel, die sich über einen langen historischen Zeitraum robust belegen lässt: Je inklusiver die politischen Institutionen eines Landes sind, desto mehr wirtschaftlicher Wohlstand entsteht (vgl. Acemoğlu/Robinson 2012). Angesichts solcher Befunde, so das Argument, sind die Zukunftschancen für die Demokratie vergleichsweise günstig und steht eine (wenigstens moderate) Ausbreitung dieser Regierungsform in der Welt zu erwarten (vgl. Schmidt 2008; Oppenheimer/Edwards 2012).

Politikwissenschaftler, die mit größerer Sorge auf die Zukunft von Demokratien blicken, stellen Selbstgefährdungs- und Erosionstendenzen von Demokratien in das Zentrum ihrer Analysen. Zu den neuralgischen Punkten auf ihrer Liste gehört erstens der schon seit Längerem geäußerte Verdacht, dass Demokratien bei Zukunftsgütern (z. B. dem Umweltschutz oder einer erträglichen Staatsverschuldung) notorisch die Lasten auf zukünftige Generationen verschieben (vgl. Kielmannsegg 1980: 69ff.; Preuß 1984: 284ff.) und damit ihre langfristige Leistungsbilanz erheblich eintrüben. Als zweites Sorgenbündel auf der Liste findet sich die These, dass die kulturellen und sozialstrukturellen Prozesse, die mit Stichworten wie Individualisierung, Pluralisierung und Postmodernismus vielfältig überschrieben worden sind, „zu einem Maß an interner Diversifikation demokratisch verfasster Gesellschaften und ihrer assoziativen Struktur geführt haben, das nicht nur keinen materialen Konsens, sondern nicht einmal mehr einen ‚Konsens zweiter Ordnung‘ (d. h. einen Konsens über vernünftige Verfahren im Umgang mit Dissens) mehr übrig lässt“ (Offe 2003b: 137). Die Folgen der „Denationalisierung“ (Zürn 2011) für die interne Legitimationsbeschaffung in Nationalstaaten stehen als dritter großer Punkt auf der Sorgenliste. Wenn die zentralen politischen Entscheidungen auf supranationaler Ebene getroffen werden und die internen Mechanismen der nationalstaatlichen Demokratien gegenüber solchen Entscheidungen ins Leere laufen, entsteht eine Legitimationslücke, die sich irgendwann auch durch die neuen Formen regierungsamtlich betriebener Legitimitätspolitik nicht mehr zureichend füllen lässt. Einige aktuelle Diagnosen gehen so weit, bereits das Zeitalter einer „Postdemokratie“ (Crouch 2008) auszurufen. Danach sind die institutionellen Fassaden der modernen Massendemokratien zwar formal intakt, dahinter habe sich aber längst eine Melange aus inszenierten Wahlkampfespektakeln und verborgenen Einflussnahmen mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen formiert.<sup>7</sup>

Demgegenüber hat eine in der Politikwissenschaft der 1950er und 1960er Jahre vertretene These, nach der Demokratien gefährdet sind, wenn sich zu viele kritische Bürger politisch engagieren, an Überzeugungskraft verloren. Neueren empirischen Forschungen zufolge trifft die gegenteilige Aussage zu: Die Kritikbereitschaft von Bürgern wirkt sich positiv auf das demokratische Niveau politischer Systeme aus (im Sinne von integren politischen Eliten, geringer Korruption, mehr Mitspracherechten und politischer Effektivität). Jene Bür-

---

7 Das erstmals 2004 erschienene Buch *Postdemokratie* von Colin Crouch hat in der Politikwissenschaft schnell eine breite Debatte entfacht (vgl. Crouch 2008; Buchstein/Nullmeier 2006; Jörke 2011).



ger, die Kritik als ihre Bürgerpflicht betrachten, sind eine wichtige Ressource der Demokratieentwicklung (vgl. Norris 2011; Geißel 2011).

### 3.1.4 Der Ertrag der empirischen Demokratietheorien

Empirische Demokratietheorien konfrontieren eine gelegentlich zu Generalisierungen neigende politische Theorie mit der Tatsache, dass es nicht die eine Demokratie gibt, sondern eine Vielzahl verschiedener Formen, Ausprägungen und institutioneller Konstellationen von Demokratien. Das Wort Demokratie wird in der Perspektive empirischer Demokratietheorien gleichsam zu einem Pluraletantum. Auch normative und formale Demokratietheorien müssen dieser real existierenden Vielfalt von Demokratien gerecht werden können.

Empirische Demokratietheorien liefern Laboratoriumsberichte über die Erprobung demokratischer Systemkonfigurationen. Manche heftig geführte Kontroverse unter Vertretern normativer und formaler Theorieansätze lässt sich mit Hilfe von Befunden der empirischen Demokratietheorie befrieden – zum Beispiel die Auseinandersetzungen über die angeblichen Stärken von präsidentiellen Systemen, über die behaupteten Vorteile von Mehrheitsdemokratien sowie über die vermeintlichen Gefahren der direkten Demokratie. Auf der anderen Seite sind empirische Demokratietheorien auf den Input normativer und formaler Theorien angewiesen, denn diese Theorien stellen nicht nur das grundbegriffliche Instrumentarium zur Verfügung, sondern liefern in der Regel auch das Hypothesenmaterial, an dem sich die empirische Forschung im Detail abarbeitet und mit ihren Ergebnissen profiliert.

## 3.2 Formale Demokratietheorien

Formale Demokratietheorien konstruieren Modelle, die auf wenigen Axiomen oder Voraussetzungen basieren und sich je nach Theorieansatz unterscheiden. Formale Demokratietheorien gehen von bestimmten Axiomen aus, auf deren Basis sie die Eigenschaften von demokratischen Systemen modellhaft ableiten. Ihre Theoriebildung erfolgt auf deduktivem Wege. Weder ihre Grundannahmen noch die Modelle erheben einen normativen Anspruch – etwa in dem Sinne, dass die jeweiligen Autoren sie als positive Ideale präsentieren. Im Hinblick auf ihre empirische Gültigkeit zehren formale Theorien von der Hoffnung, empirisch zutreffende Grundannahmen gewählt sowie des Weiteren die Modelle richtig konstruiert zu haben, um damit eine Erklärung von Funktionsabläufen in existierenden Demokratien geben zu können.

In der modernen Demokratietheorie konkurrieren zwei formale Theorieansätze miteinander, der akteurszentrierte Ansatz von *Rational Choice*-Modellen und der systemorientierte Ansatz von Niklas Luhmann. Sie setzen an gegenüberliegenden Enden des politischen Prozesses an. *Rational Choice*-Theorien gehen zunächst von individuellen Akteuren aus, denen sie rationale Handlungsmotivationen unterstellen. Wenn sie sich auf höheren Ebenen des politischen Prozesses mit den Handlungen kollektiver Akteure befassen, versuchen sie mit Hilfe derselben Rationalitätsannahmen das Verhalten von Verbänden, Parteien und Staaten zu erklären. Die Systemtheorie beginnt demgegenüber auf der Makroebene der Gesellschaft. Sie begreift die verschiedenen Bereiche einer Gesellschaft als in sich abgeschlossene Systeme und untersucht deren Struktur sowie Funktion für die Gesamtgesellschaft.

### 3.2.1 *Rational Choice*

*Rational Choice* beansprucht, eine ökonomische Theorie der Politik zu liefern, die ihre Modelle und Hypothesen aus Grundannahmen über das menschliche Handeln, die sie den Wirtschaftswissenschaften entnommen hat, logisch ableitet (siehe Braun i. d. B.). Diese Deduktionen erheben den Anspruch, das politische Handeln von Akteuren unter definierten Bedingungen voraussagen zu können. Stößt man in der Realität auf Abweichungen von den Deduktionen, muss nach diesem Theorieverständnis das Modell um weitere Zusatzannahmen erweitert werden, bis es die Vorgänge in der politischen Realität nachvollziehbar zu erklären vermag.

Im Kern geht *Rational Choice* auf Überlegungen zurück, die 1942 von Joseph A. Schumpeter publiziert wurden und nach denen man sich das Handeln politischer Akteure genau wie das von wirtschaftlichen Akteuren auf einem Markt – in diesem Fall dem politischen Markt – vorstellen sollte (Schumpeter 1942). Der Ansatz von Schumpeter wurde später von Kenneth Arrow, Anthony Downs und Mancur Olson weitergeführt und entfaltete sich seit den 1960er Jahren in der Politikwissenschaft zu einer eigenständigen Richtung an der Grenzlinie zwischen Politikwissenschaft und Ökonomie. In den 1980er und 1990er Jahren schien dieser Ansatz zumindest die US-amerikanische Politikwissenschaft zu dominieren. Und auch wenn sich seit Mitte der 1990er Jahre die kritischen Stimmen gegen *Rational Choice* wieder deutlich mehr Gehör verschafft haben und der Ansatz insgesamt an Bedeutung verloren hat, gehört er heute weiterhin zu den wichtigsten Strömungen der modernen Demokratietheorie.

Die Modelle von *Rational Choice* können wichtige Einsichten in potentielle Mängel und Problemlagen moderner Demokratien bieten. Die Problemdiagnosen beziehen sich in der Nachfolge von Downs auf vier Bereiche: auf die Konsumenten und auf die Anbieter im ökonomischen Politikmodell, auf die zwischen ihnen geltenden Spielregeln sowie auf das Handeln kollektiver Akteure in der Politik.

1. Die Konsumenten des politischen Marktes sind die Bürger. *Rational Choice* macht auf das schlichte Faktum aufmerksam, dass Wählen und andere Formen des politischen Handelns immer auch Kosten verursachen, seien es Zeit, Geld oder Aufmerksamkeit. Die Bürger, die über eine bestimmte Streitfrage am besten informiert sind, sind zuvorderst jene, auf deren Einkommen sich die Streitfrage besonders auswirkt. Generell gilt: Der Ertrag einer informierten Wahlentscheidung ist aufgrund der randständigen Bedeutung der eigenen Stimme so gering, dass es für die meisten Bürger irrational ist, politische Informationen für Wahlzwecke zu erwerben. Downs (1957) nennt dies „rationale Unwissenheit“ der Bürger. Diese Überlegung lässt sich noch weiterführen: Da bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen Wahlberechtigten (wie derzeit in der Bundesrepublik) die statistische Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme das Ergebnis einer Bundestagswahl tatsächlich entscheidet, verschwindend gering ist, ist es für den Bürger rational, gar nicht erst die mit einer Wahlbeteiligung verbundenen Kosten und Mühen auf sich zu nehmen. Eine niedrige Wahlbeteiligung ist nach *Rational Choice* ebenso zu erwarten wie die Tatsache, dass in Wahlkämpfen auf irrationale Gefühle statt auf rationale Argumente gesetzt wird.

2. Die Anbieter auf dem politischen Markt sind die professionellen Politiker. In den Modellen von *Rational Choice* finden wir sie in der Rolle von politischen Unternehmern, deren Kalkül es ist, für genügend Bürger als wählbar zu gelten, um die Wahl zu gewinnen. Programmatisch werden sie deshalb so unklar wie möglich bleiben und versuchen, unterschiedliche Wählergruppen mit sich zum Teil ausschließenden Programmpunkten zu gewinnen. Auch werden sie sich an einer Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung und dem Aufgreifen populistischer Forderungen beteiligen, wann immer es ihren Erfolgskalkülen dient. Einmal an die Regierung gekommen, haben Politiker ein Interesse, ihre Klientel zu bedienen, um wiedergewählt zu werden. Ihr kurzfristiges Interesse an der Wiederwahl konterkariert langfristige Politiken, wie sie insbesondere in den Politikfeldern der Finanz-, Renten-, Bildungs-, Umwelt- und Klimapolitik notwendig sind, um Erfolge zu erlangen (siehe Weidner i. d. B.).
3. Die Spielregeln des politischen Marktes bilden die demokratischen Entscheidungsprozeduren. Dass selbst klare Mehrheitsentscheidungen möglicherweise Legitimationsdefizite aufweisen, geht aus dem sogenannten Ostrogorski-Paradox hervor. Das Paradox besagt, dass bereits einfache Änderungen im Abstimmungsablauf gravierende Unterschiede bei den Abstimmungsergebnissen ergeben können.
4. Schließlich werden auch Einwände gegen die Pluralismustheorie, wie sie in der Bundesrepublik paradigmatisch von Ernst Fraenkel begründet worden ist (vgl. Fraenkel 2011), vorgetragen. Die pluralistische Demokratietheorie geht davon aus, dass sich Bürger für die Durchsetzung ihrer politischen Interessen zu Gruppen zusammenschließen, um auf diese Weise größeren Einfluss nehmen zu können. Die Vielfalt der organisierten Gruppeninteressen gilt den Pluralisten als Indikator der Differenziertheit und demokratischen Kultur einer Gesellschaft. Die Kritik an solchen Vorstellungen ist von Seiten des *Rational Choice*-Ansatzes erstmals 1965 von Mancur Olson formuliert worden (Olson 1965). Danach ist es – anders als in den Annahmen der Pluralisten – keineswegs selbstverständlich, dass Menschen, die ein gemeinsames Interesse haben, sich auf der Handlungsebene auch tatsächlich gemeinsam für dieses Interesse einsetzen. Im Gegenteil: Häufig ist es für individuelle Akteure ausgesprochen zweckrational, als Trittbrettfahrer zu handeln und darauf zu warten, dass sich andere Bürger für das gemeinsame Ziel einsetzen – welches dann häufig gar nicht erlangt wird, weil alle so denken. Nach der Logik des von Olson entworfenen Modells kollektiven Handelns stehen die Leidtragenden von politischen Handlungsketten in vielen Fällen bereits vor dem Beginn des pluralistischen Ringens der kollektiven Akteure um politische Einflussnahme fest: Es sind die großen latenten Gruppen, obwohl sie – nein: gerade weil sie – Ziele haben, die am ehesten als Allgemeinheitsinteresse gelten können (wie eine nachhaltige Klimapolitik oder eine langfristig verantwortliche Finanzpolitik).

### 3.2.2 Systemtheorie

In ganz anderer Weise setzt sich die Systemtheorie, insbesondere in der Variante von Niklas Luhmann (1927-1998), mit der modernen Demokratie auseinander.<sup>8</sup> Die zentrale Kategorie der Systemtheorie Luhmanns ist die Gesellschaft. Gesellschaft wird von Luhmann als Einheit miteinander horizontal verknüpfter und sich immer weiter ausdifferenzierender Funktionssysteme verstanden. Das politische System ist dabei eines dieser Teilsysteme und die Demokratie lediglich eine von mehreren möglichen Organisationsformen des politischen Systems. Die Funktion des politischen Systems besteht darin, zu gewährleisten, dass kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden. Das spezifische Medium des politischen Systems ist Macht, der Code für die systemspezifische Kommunikation lautet entsprechend Macht/Ohnmacht. Die Kontrolle des Machtgebrauchs im politischen System wird durch den formellen Besitz von Ämtern gesichert. Das politische System ist wie alle Systeme autopoietisch und selbstreferentiell. Das heißt, es reproduziert sich ausschließlich selbst und besteht relativ abgeschlossen gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen wie der Wirtschaft, der Religion oder der Wissenschaft. Diese basieren nicht auf dem Medium Macht, sondern haben ein eigenes Medium und operieren auf der Grundlage von Geld, Glaube bzw. Wahrheit. Moderne Gesellschaften sind durch das Nebeneinander dieser autopoietischen Systeme gekennzeichnet.

Demokratie definiert Luhmann als „die Spaltung der Spitze des ausdifferenzierten politischen Systems durch die Unterscheidung von Regierung und Opposition“ (Luhmann 1986: 208). Der ursprüngliche politische Code Macht/Ohnmacht wird durch eine Zweitcodierung überlagert: Macht wird nochmals aufgespalten in den demokratiespezifischen Code Regierung/Opposition. Zwar hat die Opposition keine Regierungsmacht, sie übt aber indirekt Einfluss aus über die Option, nach den nächsten Wahlen die Macht erringen zu können. Entsprechend ist die gesamte politische Kommunikation darüber codiert, dass sie entweder Vorteile für die Regierung oder für die Opposition sieht. Zudem kann die Regierung Vorschläge der Opposition aufgreifen. Auf diese Weise wird die Spitze des politischen Systems zum Ausgangspunkt der Produktion von alternativen Möglichkeiten.

Infolge ihrer Doppelcodierung zeichnet sich die Demokratie durch ein „möglichst weit gehendes Offenhalten von Optionen“ (ebd.: 211) und eine besondere „Sensibilität des Systems“ (ebd.) für interne Krisen aus. Der Besitz politischer Ämter in der Demokratie bleibt kontingent, denn er ist das Ergebnis einer regelmäßig wiederholten Selektion von Personen und politischen Programmen, bei der vormalige Entscheidungen revidiert werden können. Die Legitimation politischen Machtbesitzes erfolgt durch die Verfahren, die der Code Regierung/Opposition vorgibt. Neben den Wahlen sind bei Luhmann die Diskussionen in der Medienöffentlichkeit die wichtigsten dieser Verfahren. Laut Luhmann ist Oppositionsmangel gleichbedeutend mit Demokratiemangel und Diktatur.

Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit der Moderne, sondern eine „höchst voraussetzungsvolle“ und „evolutionär unwahrscheinliche“ (ebd.: 216) politische Errungenschaft, welche notorisch vielen Selbstgefährdungen ausgesetzt ist. Diese Selbstgefährdungen beste-

---

8 Zu Luhmanns Demokratietheorie vgl. Czerwick (2008) und Hein (2011).

hen einmal darin, dass sich die Opposition in ihrem Interesse, an die Macht zu gelangen, so sehr der Regierung angleicht, dass sich das Spektrum der im politischen Zentrum thematisierten gesellschaftlichen Probleme verengt. Eine weitere Selbstgefährdung besteht in einer Selbstüberforderung der Politik durch zu großen Steuerungsoptimismus. Luhmanns Theorie begründet zwar keinen rigiden Steuerungspessimismus, wohl aber eine gehörige Portion Skepsis bezüglich der Erfolgswahrscheinlichkeit staatlicher Steuerungsversuche. Aus seinen Annahmen über die operative Geschlossenheit von gesellschaftlichen Subsystemen sowie über die fehlende Hierarchie unter den Funktionssystemen folgt die Unmöglichkeit, dass ein System ein anderes durchgehend steuern kann. Erfolgversprechend sind allenfalls indirekte Steuerungsversuche, die in den Sprachcodes der jeweiligen Subsysteme erfolgen müssen. Geld und Recht sind zwei der Codes aus anderen Systemen, über die das politische System indirekt gesteuert werden kann.

Luhmann zufolge werden die Grenzen direkter politischer Steuerung vor allem bei den finanzpolitischen Problemen moderner Wohlfahrtsstaaten erkennbar (vgl. Hein 2011). Aber auch in anderen Politikfeldern, wie dem Schutz der natürlichen Umwelt, kann das politische System seiner Theorie zufolge sehr viel weniger Wirkungen erzeugen, als viele Bürger erwarten und manche Politiker behaupten.

### 3.2.3 Der Ertrag der formalen Demokratietheorien

Die beiden skizzierten formalen Theorieansätze befehden sich nicht nur untereinander, sondern sind auch in den gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Debatten heftig umstritten. Sowohl für empirische wie für normative Demokratietheorien stellen formale Ansätze zunächst eine Provokation dar. Viele Politikwissenschaftler begegnen dieser Provokation dadurch, dass sie die formalen Ansätze für nicht wirklich überprüfbar erklären (so ein Vorwurf seitens empirischer Demokratietheorien gegenüber der Systemtheorie) oder die handlungstheoretischen Annahmen des *homo oeconomicus* für zu eng ansehen (so ein Vorwurf seitens normativer Demokratietheorien gegenüber *Rational Choice*).<sup>9</sup> Es gibt aber auch eine Reihe produktiver Umgangsweisen mit formalen Theorieangeboten. So helfen sich empirisch forschende Politikwissenschaftler mit einem pragmatischen Umgang, indem sie formale Theorien nicht rigide übernehmen, sondern als Erklärungsangebote modifizieren und in andere Theorieansätze integrieren.<sup>10</sup> Schwerer tun sich immer noch die meisten normativen Demokratietheorien mit Systemtheorie und *Rational Choice*. Doch indem diese beiden Ansätze – trotz ihrer sonstigen Divergenzen – darin übereinstimmen, dass sie Irrationalitäten, Leistungsdefizite und Selbstgefährdungen von Demokratien zum Thema machen, haben sie die

9 Einer der Gründe für die Attraktivität von *Rational Choice* in den Sozialwissenschaften ist die Sparsamkeit des Handlungsmodells, denn solange sie eine vergleichbar gute Erklärungskraft haben, sind einfache Modelle komplexeren theoretischen Modellen vorzuziehen. Die kritische Debatte über die Realitätsnähe des Erklärungsanspruchs von *Rational Choice* lässt sich am besten anhand der Probleme von Erklärungsversuchen für die Beteiligung an Wahlen nachverfolgen (vgl. Green/Shapiro 1999).

10 So für *Rational Choice* mit dem Vetospieler-Ansatz (vgl. Tsebelis 2002) und für die Systemtheorie in der Steuerungstheorie (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2010).



normativen Theorien erneut dazu gezwungen, sich stärker mit den Schattenseiten von Demokratien auseinanderzusetzen.

### 3.3 Normative Demokratietheorien

In Abgrenzung zu den beiden bisherigen Zugangsweisen machen normative Theorien Aussagen über positive Sollens-Zustände. Normative Demokratietheorien beanspruchen, überzeugende Begründungen für demokratische Herrschaftssysteme und deren konkrete Ausgestaltung geben zu können. Ihre Aussagen fungieren als kritische Maßstäbe bei der Qualitätsbewertung real existierender politischer Systeme.<sup>11</sup>

Zum wissenschaftstheoretischen Selbstverständnis normativer Demokratietheorien gehört, dass die Begründung und die Kriterien für die Bewertung der Demokratie nicht unter dem Signum einer angeblichen Wertfreiheit der Wissenschaft in den vorwissenschaftlichen Bereich abgedrängt, sondern explizit zum Gegenstand der wissenschaftlichen Tätigkeit gemacht werden. Moderne normative Demokratietheorien erheben einen universellen Geltungsanspruch, das heißt sie leiten ihre Überlegungen von Grundwerten ab, für die sie zu begründen versuchen, dass sie als allgemein aner kennenswert erachtet werden können. Diese Grundwerte sind unterschiedliche Auslegungen des eingangs genannten demokratischen Gleichheitspostulats und akzentuieren damit jeweils verschiedene Facetten des kulturellen Wertekanons der Moderne: Beteiligungsansprüche, individuelle Rechte, Gerechtigkeit, soziale Gleichheit und Selbstverwirklichung (vgl. Habermas 1992).

Normative Demokratietheorien unterscheiden sich voneinander sowohl in der Art der Begründung ihrer Sollensaussagen als auch darin, wie sie Demokratie konkret ausgestaltet sehen wollen. In den vergangenen 30 Jahren ist es zu einer bis dato nicht gekannten Ausdifferenzierung und argumentativen Verästelung normativer Theorieansätze gekommen. Neben den klassischen Ansätzen in der modernen Demokratie wie der liberalen, elitären, konservativen, sozialistischen und partizipativen Demokratietheorie ist unter verschiedenen Überschriften eine ganze Reihe als neu präsentierte Strömungen hinzugekommen. Dazu gehören die deliberative, feministische, neorepublikanische, neoliberale, kommunitaristische, kosmopolitane, assoziative, grün-ökologische, subsidiäre, ethnozentristische, multikulturalistische, postmoderne, reflexive und die aleatorische Demokratietheorie, um nur einige der einschlägigen Bezeichnungen aufzulisten.

Um eine erste Orientierung im Gestrüpp der konkurrierenden normativen Theorieangebote zu erlangen, ist es hilfreich, danach zu fragen, auf welche Phänomenbereiche sich normative Demokratietheorien primär konzentrieren. Aus den Antworten auf diese Frage lassen sich drei Achsen gewinnen, auf denen sich die zeitgenössischen normativen Demokratietheorien eintragen lassen. Die Achsen beziehen sich auf den Geltungsbereich von Demokratie,

---

11 Wenn normative Theoretiker als Ergebnis ihrer kritischen Überlegungen die Demokratie ablehnen (wie wir es beispielsweise aus der Ideengeschichte von Platon und Aristoteles über Thomas Hobbes, Carl Schmitt oder Lenin kennen), dann gehören ihre Theorien nach dieser Definition nicht zur Gruppe der normativen *Demokratietheorien*, da in ihnen nichtdemokratische Ordnungen für erstrebenswerter gehalten werden. Vgl. zu dieser Engführung im Verständnis von normativer Demokratietheorie Niesen (2007).

die Partizipationsintensität in der Demokratie sowie den Rationalitätsgehalt demokratischer Institutionen und Verfahren.

### 3.3.1 Der Geltungsbereich von Demokratie

Auf der ersten Achse geht es um die Frage, auf welchen Geltungsbereich sich der Demokratiebegriff erstrecken darf und soll. Normative Theorien geben hier unterschiedliche Antworten auf die Frage, welche sozialen Gegenstandsbereiche überhaupt als demokratiefähig angesehen werden können und wer in den Genuss demokratischer Rechte kommen soll. Den neueren Debatten ist eine inkludierende Perspektive, das heißt die Hereinnahme zusätzlicher gesellschaftlicher Bereiche und Gruppen in den Geltungsbereich demokratischer Prinzipien, gemeinsam.

Eine bereits seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis heute virulente Debatte kreist um die Frage, ob Demokratie in einem engen Sinne ausschließlich auf Institutionen des modernen Staates bezogen werden darf (vgl. Hennis 1970) oder ob Demokratie in einem weiten Sinn als eine ‚Lebensform‘ verstanden werden muss und damit auch in andere Bereiche des alltäglichen Lebens wie die Arbeitswelt oder Schulen und Hochschulen Eingang finden soll (vgl. Stammer/Weingart 1972). In der Tradition sozialistischer und sozialdemokratischer Theorieansätze richten die Anhänger eines weiten Demokratiebegriffs ihren kritischen Blick vor allem auf die zeitgenössische Arbeitswelt und erheben hier umfassende Demokratisierungsansprüche (vgl. Abendroth 1965; Demirovic 2011).

Seit den 1980er und 1990er Jahren bilden feministische Demokratietheorien einen zweiten Debattenschwerpunkt für Ausweitungen des Demokratieverständnisses. Ausgehend von der empirischen Beobachtung, dass es trotz des Frauenwahlrechts einen *gender gap* in modernen Demokratien gibt, zielen diese Ansätze darauf ab, Frauen und ‚weibliche Themen‘ verstärkt in politische Prozesse einzubeziehen. Vielfach wurde mit der Erfüllung dieser Forderung auch eine qualitative Verbesserung von Politik in Verbindung gebracht. Die positiven Erwartungen bezogen sich auf einen anderen, kommunikativeren Politikstil sowie eine politische Reformagenda, in deren Mittelpunkt die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischer Beteiligung in der modernen Gesellschaft steht (vgl. Holland-Cunz 1998).

Parallel zur feministischen Demokratietheorie wurden in den 1980er und 1990er Jahren in einem dritten Inklusionsdiskurs verschiedene Konzeptionen von multikultureller Demokratie entwickelt. Ausgehend von der empirischen Beobachtung, dass Minderheiten in liberalen Demokratien vielfach diskriminiert werden und ihnen eine angemessene politische Repräsentation fehlt, besteht ihr Ziel darin, die unterschiedlichen kollektiven Identitäten in einer Bürgerschaft angemessen zur Geltung gelangen zu lassen. Im Kern laufen die von diesem Anliegen ausgehenden Reformvorschläge auf die Öffnung bestehender institutioneller Arrangements hinaus. Teilweise werden auch Quotenregelungen vorgeschlagen, die dann mit dem liberalen Gleichheitsgebot austariert werden müssen (vgl. Strecker 2011).

In einem weiteren Inklusionsdiskurs werden von verschiedenen Autoren seit Mitte der Jahrtausendwende Überlegungen angestellt, die darauf zielen, auch die Interessen von Kindern – beispielsweise durch ein von den Eltern wahrgenommenes Kinderwahlrecht – und

von zukünftigen Generationen (vgl. Dryzek 2000: 140ff.) in die politischen Abläufe der Demokratie einzubeziehen.

Spätestens die auf den ersten Blick bizarr erscheinende Forderung nach einer adäquaten Berücksichtigung der Interessen von Menschenaffen bei politischen Entscheidungen (vgl. Goodin/Pateman/Pateman 1997) gibt einen Hinweis auf die Schwierigkeit, ein für alle Mal gültige Kriterien für eine Begrenzung der demokratischen Inklusionstendenz zu finden. In der Semantik von „Demokratisierung“ ist die Demokratie ein prinzipiell unabgeschlossener Prozess, über dessen konkrete Begrenzung oder Ausweitung immer wieder neu entschieden werden muss (vgl. Salomon 2012).

### 3.3.2 Die Partizipationsintensität in der Demokratie

Auf einer zweiten Achse machen normative Demokratietheorien Aussagen über die anzupeilende Intensität der politischen Beteiligung und damit gleichsam über den idealen Abstand von Herrschern und Beherrschten in der Demokratie. Die Debatten um diese Frage wurden in der Vergangenheit in vielerlei Gestalt geführt. Genannt seien aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Kontroversen zwischen Anhängern der Rätedemokratie und des Parlamentarismus sowie die bis heute unvermindert anhaltende Kontroverse zwischen Vertretern der repräsentativen und der plebiszitären Demokratie. Die Diskussionen über Bürgergesellschaft, neue Beteiligungsformen (vgl. Nanz/Fritsche 2012) oder Vor- und Nachteile der von der Piratenpartei erprobten *Liquid Democracy* gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang.

In allen genannten Kontroversen wird im Kern über die adäquate Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie gestritten und entsprechend grundlegend sind die debattierten Fragen: Kann politische Beteiligung rein instrumentell betrachtet werden als eine von mehreren Handlungsalternativen, die sich Bürgern bieten, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen? Oder ist politische Beteiligung ein ‚Wert an sich‘, wie Hannah Arendt und andere Verfechter einer intrinsischen Partizipationstheorie argumentieren (vgl. Arendt 1970)? Und wenn dem so sein sollte: Was kann als originäres politisches Handeln in der Demokratie gelten? Die verschiedenen Spielarten von *Grassroot-* oder Basisdemokratie setzen auf das Rollenbild des intensiv partizipierenden Aktivbürgers (vgl. Roth 2011). Liberale und elitäre Demokratievorstellungen verknüpfen ihre Version von repräsentativer Demokratie demgegenüber mit einer Vertrauensbeziehung zwischen Wählern und Gewählten (vgl. Sternberger 1971). Und populistische sowie autoritäre Demokratietheorien sehen in der Akklamation die genuin demokratische Aktivität (vgl. Schmitt 1983: 243ff.). Die konkurrierenden normativen Argumente in diesen Debatten basieren auf Unterschieden der ihnen zugrunde gelegten Menschenbilder und divergierenden politischen Philosophien, die sich nicht allein mit empirischen oder formalen Argumenten entscheiden lassen.

### 3.3.3 Der Rationalitätsgehalt der Demokratie

Schließlich beinhalten Demokratietheorien in einer dritten normativen Dimension bestimmte Vorstellungen über den materialen Rationalitätsgehalt der demokratischen Willensbildung. Wie sehr die Rationalitätsfrage an Bedeutung gewonnen hat, lässt sich am Siegeszug der de-

liberativen Demokratietheorie seit den 1990er Jahren ablesen. Deliberation ist die gründlich reflektierende Auseinandersetzung und Beratung über politische Fragen. Die deliberative Demokratie soll dazu beitragen, dass politische Akteure nicht nur ihre richtig verstandenen Eigeninteressen verfolgen, sondern ihre Version von dem, was sie für das Gemeinwohl halten. Dieser Einstellungswandel wird der Öffentlichkeit von Deliberationsprozessen zugeschrieben und als „moralischer Effekt der öffentlichen Diskussion“ (Miller 1992: 61) oder „diskursive Kläranlage“ (Habermas 2006: 93) bezeichnet.

Die polemische Stoßrichtung der deliberativen Demokratietheorie richtet sich gegen das *Rational Choice*-Modell der Aggregation von einmal gegebenen Präferenzen und zielt stattdessen auf deren Veränderbarkeit in kommunikativen Prozessen. Die institutionellen Vorschläge der deliberativen Demokratietheorie gehen allerdings in verschiedene Richtungen. Gegenwärtig lassen sich drei Grundrichtungen erkennen: Die erste versteht unter Deliberation einen Nachdenkensprozess, der letztlich bei jedem Bürger selbst vor sich gehen soll. Die politikpraktischen Konsequenzen dieses von Robert E. Goodin verfochtenen Ansatzes bestehen in der Forderung nach einer besseren kulturellen Ausbildung der Bürger, die es ihnen ermöglicht, sich gedanklich in andere hineinzuversetzen (vgl. Goodin 2003: 227ff.). Eine zweite Richtung betont mit Jürgen Habermas die moralischen Rationalitätsgewinne als Folge realer politischer Kommunikation und zielt darauf, deliberative Chancen im bestehenden institutionellen Gefüge gegenwärtiger liberaler Demokratien zu optimieren (vgl. Schmalz-Bruns 1995). Gesellschaftspolitisch weitergehende Konsequenzen ziehen John Dryzek und Iris Marion Young. Sie identifizieren als Störfaktoren gelingender Deliberation die gravierenden sozioökonomischen Ungleichheiten in modernen Gesellschaften sowie eine Benachteiligung der Angehörigen von Minderheiten (vgl. Dryzek 2000; Young 2000).

Die partizipative Komponente ist vielen Verfechtern der deliberativen Demokratietheorie zu einem Ballast geworden. Damit stehen sie nicht allein. Derzeit tendieren die meisten normativen Demokratietheorien zu einer stärkeren Betonung der ‚Output-‘ gegenüber der ‚Input-‘Komponente, indem sie darauf abzielen, institutionelle Arrangements zu errichten, die primär die Effizienz von Entscheidungsvorgängen und den materialen Rationalitätsgehalt politischer Entscheidungen erhöhen. Interne Differenzen zwischen den Theorien ergeben sich heute vor allem dort, wo es um die jeweiligen Rationalitätskriterien geht, also ob Effektivität, Implementierbarkeit, faire Interessenrepräsentation, Stabilität, Gerechtigkeit oder Gemeinwohl als wichtigstes Gut gelten.

Eine konsequente Umstellung des Demokratiebegriffs auf die Output-Dimension – sollte sie sich durchsetzen<sup>12</sup> – wäre mit Blick auf die politischen Perspektiven der Demokratie nicht ohne Risiko. Denn wenn die Demokratie primär instrumentell über ihre Leistungen (etwa im Bereich der Wohlfahrt oder Sicherheit) öffentlich legitimiert wird, darf es nicht verwundern, wenn demokratische Systeme ohne langes Zögern zur Disposition gestellt werden, sobald sie diese Leistungen, beispielsweise im Zuge von terroristischen Bedrohungen oder in der Folge von Wirtschafts- und Finanzkrisen, nicht mehr im gewohnten Maße erbringen. Schon aus diesem Grund wird eine argumentativ verteidigungsstarke Demokratietheorie

12 Zur Kritik an der Dominanz der Output-Legitimation vgl. Brunkhorst (2003: 376f.) und Niesen (2008: 252f.).

nicht ohne ein Mindestmaß an intrinsischen Motivationen für politische Beteiligung auskommen können, wie bereits John Stuart Mill erkannt hatte (vgl. Rinderle 2009: 192ff.). Die Existenz der Demokratie stellt immer auch eine symbolische Manifestation der besonderen Wertschätzung von politischer Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung dar (vgl. Christiano 2008: 75ff.; Buchstein 2009b: 213ff.).

In Opposition zur geschilderten ‚Rationalisierung‘ der Demokratietheorie stehen derzeit auch die Vertreter postmoderner Theorieansätze. Sie verweisen auf die Kontingenz politischen Handelns und plädieren für ein aktivistisches Demokratieverständnis, das sich von den institutionellen Zwängen der liberalen Demokratie befreit hat. Die Texte der postmodernen Autoren sind häufig in mitreißender rhetorischer Verve geschrieben; wer darin jedoch nach Hinweisen für Veränderungsansätze demokratischer Ordnungen oder nach Lösungen für normative oder praktische Probleme sucht, wird kaum fündig (vgl. Heil/Hetzl 2006; Hirsch/Voigt 2009).

### 3.3.4 Der Ertrag der normativen Demokratietheorien

In der Politikwissenschaft ist das Verhältnis zwischen formalen, empirischen und normativen Ansätzen gegenwärtig eher als gespannt zu charakterisieren. Viele Vertreter empirischer und formaler Ansätze legen demonstrativen Wert auf die ‚Wertfreiheit‘ ihrer Forschungen und Theorien. Solche Versuche, sich auf diese Weise von der normativen Theorie abzusetzen, sind selbstwidersprüchlich und gegenüber den eigenen Forschungen unangemessen.

Selbstwidersprüchlich sind sie, weil die Forderung nach normativer Abstinenz ihrerseits eine normative Sollensaussage ist und damit dem normativen Theorietyp verhaftet bleibt. Der eigenen Forschungspraxis gegenüber sind sie unangemessen, weil sich sowohl empirische wie auch formale Demokratietheorien immer in einer gewissen parasitären Abhängigkeit von der normativen Theorie befinden. Ohne normative Rückversicherung vermögen empirische und formale Demokratietheorien noch nicht einmal ihre Forschungsfelder zu umreißen: Denn allein auf dem Boden der normativen Theorie können die Kriterien festgelegt werden, die für die empirische Demokratietheorie darüber entscheiden, ob die von ihren Regierenden reklamierte ‚Volksdemokratie‘ in China, ‚islamische Demokratie‘ im Iran oder ‚gelenkte Demokratie‘ in Russland zur Gruppe der modernen Demokratie gerechnet werden sollen oder nicht. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis lässt sich auch bei der Demokratiemessung beobachten. Wenn es darum geht, die demokratische Qualität von Demokratien zu vergleichen (intrinsische Performanz), bedarf es für die Auswahl der Messkriterien des Rückgriffs auf normative Demokratietheorien. Die voneinander abweichenden Positionen einzelner Länder in den ermittelten Rankings der verschiedenen Demokratiemessungsindizes sind zu einem nicht unwesentlichen Teil das Resultat von unterschiedlichen normativen Akzentuierungen im Demokratieverständnis.

Empirische Demokratietheorien, die sich der Aufgabe verschreiben, „den Begriff der Demokratie auf die empirischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts einzustellen“ (Neyer 2009: 336) oder vor einer Debatte über angemessene normative Kriterien mit einer Vorsortierung zwischen utopischen, minimalistischen und empirisch angemessenen Demokratietheorien



konzepten zu beginnen (vgl. Merkel 2011b: 436ff.), verschieben das genannte Problem lediglich um eine Ebene, da auch sie die Fragen nach der Zeitgemäßheit bzw. Angemessenheit zuletzt nicht ohne Bezugnahme auf normativ ausgewiesene Kriterien beantworten können.

Aus diesen Überlegungen leitet sich nun kein Recht zur ‚Diktatur der normativen Demokratietheorie‘ gegenüber den anderen beiden Theorieansätzen ab. Denn erst wenn sie ein produktives Verhältnis zu empirischen und formalen Theorien entwickeln, können normative politische Theorien ihr ganzes Potential zur Geltung bringen. In diesem Zusammenspiel mit formalen und empirischen Demokratietheorien unterliegen normative Demokratietheorien einem selbstbezüglichen normativen Imperativ für die Art und Weise ihre Theoriebildung: Normative Demokratietheorien, die beanspruchen wollen, überzeugende Begründungen für demokratische Herrschaftssysteme zu geben, dürfen weder gegen die logischen Ansprüche der formalen Theoriekonstruktion verstoßen noch dürfen sie sich in ihren Begründungszusammenhängen in einen empirisch luftleeren Raum flüchten.

#### **4. Perspektiven der modernen Demokratietheorie**

Die großen Themen der modernen Demokratietheorie kristallisieren sich immer neu im Zusammenhang mit konkreten politischen Ereignissen und daraus gewonnenen Erfahrungen heraus. Zu diesen großen Themen gehören zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Fragen nach den kulturellen Bedingungen von Demokratie und deren Übertragbarkeit auf bislang nicht-demokratische Länder, ihren Leistungen und Leistungsgrenzen, der Reformfähigkeit von Demokratien, ihrer Friedfertigkeit sowie nach den Gefährdungen und Bedrohungen der Demokratie. Auf diese Fragen suchen Vertreter formaler, normativer und empirischer Demokratietheorien Antworten zu geben.

Momentan stehen zwei große Fragen ganz oben auf der thematischen Agenda der modernen Demokratietheorie: zum einen die Frage nach der territorialen Ausweitung der Demokratie und zum anderen das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie. Beide Debatten prägen auch die Diskussion über Reformen der Demokratie.

##### *4.1 Die räumlichen Transformationen der Demokratie*

Die Verfechter der sich seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts schrittweise etablierenden neuen politischen Ordnungen in Westeuropa und Nordamerika konnten den von antiken Stadtstaaten stammenden Namen ‚Demokratie‘ deshalb so erfolgreich für sich reklamieren, weil es ihnen gelungen war, die politischen Institutionensysteme an die veränderten räumlichen Bedingungen von großen Flächenstaaten anzupassen. Diese Demokratien der zweiten Generation waren nationalstaatliche Massendemokratien. Sie nahmen unter anderem gewählte Parlamente, den Ausbau der Gewaltenteilung sowie Massenmedien, Parteien und Verbände in ihr modernes Demokratieverständnis auf. Die mit dem Wandel zum nationalen Flächenstaat einhergehenden institutionellen und prozeduralen Muster prägen un-

re Demokratievorstellungen bis heute, auch wenn die gesellschaftspolitische Realität in vielen Politikfeldern diese territorialen Grenzen mittlerweile schon wieder überschritten hat.

Der sich in den letzten Jahrzehnten in Etappen vollziehende Auf- und Weiterbau der Europäischen Union (EU) ist nur ein, wenn auch ein besonders markantes Beispiel für den Tatbestand, dass die Ära exklusiv nationalstaatlich organisierter Demokratien an ihr Ende gekommen ist (vgl. Habermas 2011). Die Entstehung solcher supranationaler Regime setzt – und zwar unabhängig von den kurzfristigen Folgen der Krise des Finanzkapitalismus für die Eurozone und die EU – die ebenso schlichte wie grundlegende Frage auf die Tagesordnung, ob und wie eine *zweite räumliche Transformation der Demokratie* hin zu einer neuen Generation der Demokratie in der postnationalen Konstellation gelingen kann (vgl. Behrens 2005). In der modernen Demokratietheorie werden die aktuellen Debatten über diese Frage unter den drei Stichworten Kosmopolitismus, Volkssouveränität und Legitimationspolitik verhandelt und es besteht weder Einigkeit darüber, ob eine derartige Ausweitung der Demokratie wünschenswert ist noch darüber, wie realistisch ein solches Projekt ist (vgl. Lutz-Bachmann/Bohmann 2002; Maus 2011; Nullmeier et al. 2010).

Die Debatte über die institutionellen Konfigurationen transnationaler Demokratien steckt immer noch in den Kinderschuhen. Einige Autoren plädieren für eine umfassende Reform der UN, schlagen ein Weltparlament vor oder setzen auf den Einfluss der internationalen öffentlichen Meinung (vgl. Habermas 1998). Rainer Schmalz-Bruns hat in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, dass eine wie auch immer geartete kosmopolitische Demokratie einer Minimalstaatlichkeit auf Weltebene bedarf – was deren Erfolgchancen nicht unbedingt erhöht (vgl. Schmalz-Bruns 2007). Andere Vorschläge setzen auf eine Wiederentdeckung des in den antiken Demokratien bewährten Losverfahrens. Angesichts der viel beklagten Effizienz-, Transparenz- und Partizipationsdefizite der gegenwärtigen EU-Institutionenordnung lassen sich Losverfahren auf unterschiedlichen Ebenen einbauen: (a) für die Verteilung der Sitze in einer verkleinerten Europäischen Kommission auf die Mitgliedstaaten durch eine gewichtete Lotterie, (b) für die Besetzung der Mitglieder, Vorsitzenden und Berichterstatter der Ausschüsse des Europäischen Parlaments durch Losentscheid sowie (c) für die Einführung einer zweiten, gelosten Kammer des Parlaments – einem europäischen „House of Lots“ (vgl. Buchstein 2009a; Hein/Buchstein 2010).

#### 4.2 *Kapitalismus und Demokratie*

Nach dem Zusammenbruch der politischen Systeme im realsozialistischen Lager galt es unter tagespolitischen Kommentatoren wie unter vielen Politikwissenschaftlern als ausgemacht, dass positive Synergieeffekte zwischen dem ökonomischen System einer kapitalistischen Marktwirtschaft und dem politischen System einer liberalen Demokratie bestehen. Damit schien die zuvor mehrere Jahrzehnte andauernde Debatte über das spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus einen harmonischen Abschluss gefunden zu haben. Diese Zuversicht ist mittlerweile skeptischeren Diagnosen gewichen. Diese Skepsis entzündet sich an zwei Beobachtungen.

Zum einen an der Beobachtung, dass der politische Entscheidungsspielraum in fast allen etablierten Demokratien im Zuge der sich seit 2008 verstärkenden Krise des Finanzkapitalismus massiv eingeengt ist. Die Politik unterliegt einer „Austerität als fiskalpolitische(m) Regime“ (Streeck/Mertens 2010), womit gemeint ist, dass der politisch verfügbare Anteil von Staatsausgaben kleiner wird und sich der finanzpolitische Handlungsspielraum von gewählten Regierungen verringert.

Einer zweiten Beobachtung zufolge hat sich spätestens mit der Finanzkrise in den USA und Europa neben den liberalen Demokratien des Westens mit China ein veritabler ordnungspolitischer Konkurrent etabliert. Im Unterschied zu den realsozialistischen Ländern des damaligen Ostblocks ist China heute beides: „anders *und* erfolgreich“ (Zürn 2011: 616). Michael Zürn hat in diesem Zusammenhang unlängst darauf aufmerksam gemacht, dass China in einigen internationalen Debatten bereits als ein Modell dafür gehandelt wird, wie längerfristig ein kapitalistischer Entwicklungspfad ohne Demokratie und Freiheitsrechte nach westlichem Muster aussehen könnte, der zugleich in der Lage ist, auf drängende Probleme wie das der Armutsbekämpfung gemeinwohlorientierte Antworten zu geben.

Solche Beobachtungen zwingen dazu, ein allzu harmonisches Bild des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Demokratie zu revidieren und nüchtern nach den möglichen Grenzen ihrer Vereinbarkeit zu fragen. Solche Revisionen werden teilweise an die Diskussion über ‚Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus‘ in den 1970er Jahren anschließen können (vgl. Schäfer 2009), sie werden aufgrund der seitdem forcierten Entwicklung zum globalen Finanzkapitalismus aber stärker nach konkurrierenden Handlungslogiken in den Bereichen Ökonomie und Politik fragen müssen. Beiträge zu dieser Debatte finden sich in Analysen der Schwierigkeiten von politisch gewollten Regulierungen von Finanzmärkten (vgl. Scheller 2012) oder in Überlegungen zu den mittelfristigen Folgen der eingeengten politischen Handlungsspielräume für die Qualität von Demokratien (vgl. Streeck/Mertens 2010).

### 4.3 *Reformen der Demokratie*

Das Thema Innovationen und zukünftige Reformen bei der institutionellen Ausgestaltung moderner Demokratien ist mittlerweile zu einem Teilgebiet der modernen Demokratietheorie geworden (vgl. Goodin 2009; Smith 2009). Mit Claus Offe (2003a: 18ff.) lassen sich drei grundlegende Richtungs Pfeile solcher Vorschläge identifizieren:

Zum einen gleichsam ‚von unten‘ ansetzende Vorschläge, in denen die Einflussmöglichkeiten der Bürger gestärkt werden, etwa durch die Etablierung der direkten Demokratie, durch neue Verfahren der Bürgerbeteiligung und Kampagnen für politisch motivierte Konsumentenentscheidungen oder mit Hilfe des Internets.

Ein zweiter reformpolitischer Richtungs Pfeil setzt ‚von oben‘ an und zielt darauf ab, verantwortliche Gremien zu stärken, die aus dem politischen Dauerkonflikt herausgehalten werden. Zu dieser Strategie gehört beispielsweise die Einrichtung oder Stärkung von Verfassungsgerichten, Zentralbanken, Bewertungsagenturen, ausgelagerten Kommissionen mit weitreichender Entscheidungskompetenz oder eines Ökologischen Rates, der die Rechte zukünftiger Generationen und der Natur sichern helfen soll.

Drittens schließlich Reformvorschläge, die gleichsam ‚seitwärts‘ im Verhältnis zwischen bestehenden politischen Institutionen ansetzen; dazu lassen sich Überlegungen zur besseren Beteiligung von Verbänden und Kirchen, zu Änderungen im Parteiwesen oder das große Dauerthema der bundesdeutschen Politik, eine (erneute) Föderalismusreform, rechnen.

Aus der Reihe der ‚von unten‘ ansetzenden Vorschläge ist in der Politikwissenschaft zuletzt die Forderung nach mehr direkter Demokratie in Form von Referenden und Volksabstimmungen neu diskutiert worden. Dabei hat sich ein Aspekt in den Vordergrund der politikwissenschaftlichen Kritik geschoben, der erst im Zuge der zunehmenden sozialen Spaltungen in den meisten modernen Demokratien an Brisanz gewonnen hat. Folgt man Armin Schäfer (2010) und Wolfgang Merkel (2011a) in der Bewertung ihrer empirischen Befunde zur direkten Demokratie, dann sind vor allem zwei Beobachtungen normativ brisant.

Brisant ist – erstens – die soziale Trennung bei der politischen Partizipation. Die Beteiligung der Bürger an Referenden ist nicht nur deutlich geringer als die Beteiligung an allgemeinen Wahlen, sondern bei den empirischen Befunden sticht noch etwas anderes ins Auge: Die Angehörigen der unteren sozialen Schichten der Gesellschaft bleiben solchen Abstimmungen aus einer Reihe an Gründen deutlich überproportional fern. Zweitens sind die Unterschiede in der Thematisierungsfähigkeit zu bedenken. Um Referenden durchzuführen, bedarf es aktiver Menschen, die eine solche Volksabstimmung in Gang setzen. Dies sind vor allem ressourcenstarke Akteure, die zur Mittelschicht oder zu noch besser gestellten sozialen Schichten gehören und über ein gehobenes Maß an Organisations- und Kampagnenfähigkeit verfügen.

Angesichts dieser beiden Faktoren kann es nicht überraschen, wenn man erfährt, dass Referendumsentscheidungen zu finanz- und sozialpolitischen Fragen – besonders gut belegt für die USA und die Schweiz – vor allem den Interessen der sozial besser gestellten Hälfte der Gesellschaft zugute gekommen sind. Diejenigen Bevölkerungskreise hingegen, die auf staatlich finanzierte Transferleistungen stärker angewiesen sind – sei es in den Bereichen von Bildung, Gesundheit oder Arbeitsmarktpolitik –, haben bei Referenden das Nachsehen. Im Ergebnis, so die beiden genannten Autoren, setzen solche Effekte eine politische Exklusions-Spirale in Gang: An Referenden beteiligen sich überproportional die oberen zwei Drittel der Bevölkerung, weshalb die Entscheidungen häufig gegen die Interessen des unteren Drittels ausfallen, deren prekäre Situation somit weiter verfestigt wird. Angesichts solcher Daten erkennen die Autoren in der direkten Demokratie das politische Projekt von gut ausgebildeten Mittelschichten – eine zugespitzte These, die mit Blick auf Referenden über migrationspolitische und religiös-kulturelle Fragen zu differenzieren ist.

## 5. Schluss: Demokratie und Demokratietheorie

Giovanni Sartori hat in seiner Einleitung zu seinem Buch *Demokratietheorie* auf ein Paradox aufmerksam gemacht: „Die Demokratie ist zwar komplizierter als jede andere politische Form, doch paradoxerweise kann sie nicht fortbestehen, wenn ihre Grundsätze und Mechanismen den geistigen Horizont des Durchschnittsbürgers übersteigen“ (Sartori 1992:

23). Damit ist nicht gemeint, dass sich alle Bürger mit sämtlichen Details des politischen Betriebes vertraut machen müssten, und damit ist erst recht nicht gemeint, dass alle Bürger ein identisches Demokratieideal, nach dem sie Vorgänge in der politischen Realität beurteilen, teilen müssten. Damit ist aber gemeint, dass ohne ein Mindestmaß an politischen Kenntnissen und an demokratischen Überzeugungen ihrer Bürgerinnen und Bürger – auch wenn der Grenzwert nach unten schwer zu bestimmen ist – keine Demokratie lange überleben kann. Michael Th. Greven hat Sartoris Hinweis auch an die Adresse moderner Theoretiker der Demokratie gerichtet: Ihre komplexen akademischen Demokratietheorien und ihre Vorschläge zur Demokratiereform müssen in die politische Alltagssprache übersetzbar bleiben (Greven 2003: 78ff.).

An diesem Punkt wird die Demokratie selbstbezüglich und verlässt die moderne Demokratietheorie ihren rein akademischen Reflexionsraum: Die immer wieder neu aufflammenden Debatten darüber, worin das Ideal der Demokratie bestehe und wie es am besten umzusetzen sei, gehören zu den Themen, die in einer Demokratie demokratisch beantwortet werden sollten. Solche demokratiepolitischen Debatten lassen sich vielfach beobachten: An den politischen Auseinandersetzungen über die Finanz- und Energiepolitik, die Regulation im Internet oder über Infrastruktur- und Verkehrsprojekte entzünden sich regelmäßig Kontroversen darüber, was unter einem fairen demokratischen Entscheidungsverfahren zu verstehen ist. In solchen Situationen brechen die ansonsten latent bestehenden Differenzen zwischen konkurrierenden Demokratieverständnissen auf und sind dann nicht mehr nur das Thema einer auf akademische Spezialisierung programmierten Politikwissenschaft. Der Beitrag der modernen Demokratietheorie besteht in solchen Debatten darin, die politisch interessierten Akteure in möglichst verständlicher Weise an ihrem reichhaltigen Pool an empirischen, formalen und normativen Theorieangeboten teilhaben zu lassen.

### **Kommentierte Literaturhinweise**

*Keane, John*, 2010: *The Life and Death of Democracy*. New York: Norton.

Der Band bietet einen ideengeschichtlichen und institutionellen Überblick über die Entwicklung des Demokratiedenkens seit der Antike bis heute.

*Massing, Peter/Breit, Gotthard/Buchstein, Hubertus* (Hg.), 2012: *Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Dieses Buch enthält 36 Textauszüge von den wichtigsten Autorinnen und Autoren im Bereich der Demokratietheorie sowie kurze erläuternde Kommentare dazu.

*Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S.* (Hg.), 2012: *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

In diesem Band werden 14 grundlegende Ansätze der modernen Demokratietheorie unterschieden und in Einzelbeiträgen abgehandelt.

*Schmidt, Manfred G.*, 2010: *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Das Buch bietet neben einem Überblick über die wichtigen demokratietheoretischen Ansätze eine umfangreiche Zusammenfassung der Befunde aus der empirischen Demokratieforschung.



## Literatur

- Abendroth, Wolfgang*, 1965: *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik*. Frankfurt a.M.: Stimme-Verlag.
- Abromeit, Heidrun*, 2003: Nutzen und Risiken direktdemokratischer Instrumente, in: *Offe, Claus (Hg.): Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt a.M.-New York: Campus, 95-110.
- Acemoğlu, Daron/Robinson, James A.*, 2012: *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Crown Business.
- Arendt, Hannah*, 1970: *Macht und Gewalt*. München: Piper.
- Behrens, Maria* (Hg.), 2005: *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S.* (Hg.), 2008: *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brunkhorst, Hauke*, 2003: Der lange Schatten des Staatswillenspositivismus. Parlamentarismus zwischen Untertanenrepräsentation und Volkssouveränität, in: *Leviathan* 31:3, 362-382.
- Buchstein, Hubertus*, 2009a: Demokratie und Lotterie. Das Losverfahren als politisches Instrument von der Antike bis zur EU. Frankfurt a.M.-New York: Campus.
- Buchstein, Hubertus*, 2009b: *Demokratietheorie in der Kontroverse*. Baden-Baden: Nomos.
- Buchstein, Hubertus*, 2011: Demokratie, in: *Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 46-62.
- Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank*, 2006: Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19:1, 16-22.
- Christiano, Thomas*, 2008: *The Constitution of Equality*. Oxford: Oxford University Press.
- Crouch, Colin*, 2008: *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Czerwick, Edwin*, 2008: *Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen im Werk Luhmanns*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert*, 2010: *Systemtheorie als politische Reformstrategie. Festschrift für Dieter Grunow*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Demirović, Alex*, 2011: Wirtschaftsdemokratie nach ihrem Scheitern, in: *Birsl, Ursula/Schley, Cornelius (Hg.): Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft*. Hannover: Friedrich-Ebert-Stiftung, 46-65.
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Dryzek, John*, 2000: *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics and Contestations*. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Dunn, John*, 2005: *Setting the People Free. The Story of Democracy*. London: Atlantic Books.
- Femia, Joseph V.*, 2001: *Against the Masses. Varieties of Anti-Democratic Thought since the French Revolution*. Oxford: Oxford University Press.
- Finley, Moses I.*, 1980: *Antike und moderne Demokratie*, hg. v. Edgar Pack. Stuttgart: Reclam.
- Fraenkel, Ernst*, 2011: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, hg. und eingel. von Alexander von Brünneck. Baden-Baden: Nomos.
- Geißel, Brigitte*, 2011: *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource der Demokratie?* Frankfurt a.M.-New York: Campus.
- Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina*, 2011: Einführung, in: *Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-11.
- Goodin, Robert E.*, 2003: *Reflective Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Goodin, Robert E.*, 2009: *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice after the Deliberative Turn*. Oxford: Oxford University Press.
- Goodin, Robert E./Pateman, Carole/Pateman, Roy*, 1997: *Simian Sovereignty*, in: *Political Theory* 25:6, 821-849.
- Green, Donald P./Shapiro, Ian*, 1999: *Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politischen Wissenschaft*. München: Oldenbourg.
- Greven, Michael Th.*, 2003: Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform, in: *Offe, Claus (Hg.): Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt a.M.-New York: Campus, 72-91.
- Habermas, Jürgen*, 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen*, 1998: Die postnationale Konstellation: politische Essays. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen*, 2006: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?, in: Habermas, Jürgen: Politische Theorie. Philosophische Texte Bd. 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 87-139.
- Habermas, Jürgen*, 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Held, David*, 2006: Models of Democracy. Cambridge u. a.: Polity Press.
- Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas* (Hg.), 2006: Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie. Bielefeld: Transcript.
- Hein, Michael*, 2011: Systemtheorie und Politik(wissenschaft), in: Gansel, Christina (Hg.): Systemtheorie in den Fachwissenschaften. Zugänge, Methoden, Probleme. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 53-77.
- Hein, Michael/Buchstein, Hubertus*, 2010: Zufall mit Absicht. Das Losverfahren als Instrument einer reformierten EU, in: Brunkhorst, Hauke (Hg.): Demokratie in der Weltgesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 351-385.
- Hennis, Wilhelm*, 1970: Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs. Köln u. a.: Westdeutscher Verlag.
- Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger* (Hg.), 2009: Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart: Steiner.
- Hirschman, Albert O.*, 1992: Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion. München u. a.: Hanser.
- Holland-Cunz, Barbara*, 1998: Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen: Leske + Budrich.
- Jörke, Dirk*, 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 61:1-2, 13-18.
- Kielmannsegg, Peter Graf*, 1980: Nachdenken über die Demokratie. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S.* (Hg.), 2012: Zeitenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: Springer VS.
- Lijphart, Arend*, 2012: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-six Countries. New Haven: Yale University Press.
- Lord, Christopher*, 2004: A Democratic Audit of the European Union. Basingstoke u. a.: Palgrave Macmillan.
- Luhmann, Niklas*, 1986: Die Zukunft der Demokratie, in: Berliner Akademie der Künste (Hg.): Der Traum der Vernunft. Vom Elend der Aufklärung. Band 2. Darmstadt: Luchterhand, 207-217.
- Lutz-Bachmann, Matthias/Bohmann, James* (Hg.), 2002: Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Massing, Peter/Breit, Gotthard/Buchstein, Hubertus* (Hg.), 2012: Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Unter Mitarb. v. Antonia Geisler. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Maus, Ingeborg*, 2011: Vom Nationalstaat zum Globalstaat oder: der Verlust der Demokratie, in: Maus, Ingeborg: Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie. Berlin: Suhrkamp, 375-405.
- Merkel, Wolfgang*, 2011a: Volksabstimmungen: Illusion und Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 61:44-45, 47-55.
- Merkel, Wolfgang*, 2011b: Die Krise der Demokratie als politischer Mythos, in: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten/Llanque, Marcus (Hg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte. Festschrift für Herfried Münkler. Berlin: Akademie-Verlag, 433-448.
- Miller, David*, 1992: Deliberative Democracy and Social Choice, in: Political Studies 40 (Issue Supplement s1), 54-67.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam*, 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Neyer, Jürgen*, 2009: Die Stärke deliberativer politischer Theorien und das Elend der orthodoxen Demokratietheorie. Eine Replik auf Marcus Höreth, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 19:3, 331-358.
- Niesen, Peter*, 2007: Politische Theorie als Demokratiewissenschaft, in: Buchstein, Hubertus/Göhler, Gerhard (Hg.): Politische Theorie und Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 126-155.
- Niesen, Peter*, 2008: Deliberation ohne Demokratie?, in: Niederberger, Andreas/Kreide, Regina (Hg.): Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik. Frankfurt a.M.-New York: Campus, 240-259.
- Norris, Pippa*, 2011: Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nullmeier, Frank/Biegou, Dominika/Gronau, Jennifer/Nonhoff, Martin/Schmidtke, Henning/Schneider, Steffen*, 2010: Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Frankfurt a.M.-New York: Campus.
- Ober, Josiah*, 2008: The Original Meaning of ‚Democracy‘: Capacity to Do Things, not Majority Rule, in: Constellations 15:1, 3-9.
- Offe, Claus*, 2003a: Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie, in: Offe, Claus (Hg.): Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt a.M.-New York: Campus, 9-23.

- Offe, Claus*, 2003b: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt a.M.-New York: Campus.
- Offe, Claus/Schmitter, Philippe C.*, 1995: Future of Democracy, in: Lipset, Seymour M. (Hg.): The Encyclopedia of Democracy. Volume II. London: Routledge, 511-517.
- Oppenheimer, Danny/Edwards, Mike*, 2012: Democracy Despite Itself. Why a System that Shouldn't Work at all Works so Well. Cambridge, MA: MIT Press.
- Olson, Mancur*, 1965: The Logic of Collective Action. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Przeworski, Adam*, 2006: Self-Enforcing Democracy, in: Weingast, Barry R./Wittman, Donald A. (Hg.): The Oxford Handbook of Political Economy. Oxford: Oxford University Press, 312-328.
- Preuß, Ulrich K.*, 1984: Politische Verantwortung und Bürgerloyalität. Von den Grenzen der Verfassung und des Gehorsams in der Demokratie. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Rinderle, Peter*, 2009: John Stuart Mill über die Grundlagen, Gestalten und Gefahren der Demokratie, in: Asbach, Olaf (Hg.), Vom Nutzen des Staates. Staatsverständnisse des klassischen Utilitarismus. Baden-Baden: Nomos, 183-210.
- Roller, Edeltraud*, 2011: Performanz, in: Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 273-289.
- Roth, Roland*, 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: Ed. Körber-Stiftung.
- Saage, Richard*, 2005: Demokratietheorien. Historischer Prozess – theoretische Entwicklung – soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Salomon, David*, 2012: Demokratie. Köln: PapyRossa-Verlag.
- Sartori, Giovanni*, 1992: Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schäfer, Armin*, 2009: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus, Postdemokratie, in: der moderne staat 2:1, 159-183.
- Schäfer, Armin*, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 4:1, 131-156.
- Scheller, Henrik*, 2012: Fiscal Governance und Demokratie in Krisenzeiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62:13, 9-16.
- Schmalz-Bruns, Rainer*, 1995: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik. Baden-Baden: Nomos.
- Schmalz-Bruns, Rainer*, 2007: An den Grenzen der Entstaatlichung, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 269-292.
- Schmidt, Manfred G.*, 2008: Zur Leistungsfähigkeit von Demokratien – Befunde neuerer vergleichender Analysen, in: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29-41.
- Schmidt, Manfred G.*, 2010: Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Carl*, 1983 [1928]: Verfassungslehre. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schumpeter, Joseph A.* 1942: Capitalism, Socialism and Democracy. New York: Harper.
- Smith, Graham*, 2009: Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stammer, Otto/Weingart, Peter*, 1972: Politische Soziologie. München: Juventa.
- Sternberger, Dolf*, 1971: Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Studien über Repräsentation, Vorschlag und Wahl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Stetter, Stephan*, 2008: Entgrenzung der Weltgesellschaft. Eine Bedrohung für die Demokratie?, in: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 99-118.
- Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel*, 2010: Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime, in: der moderne staat 3:1, 7-29.
- Strecker, David*, 2011: Multikulturalismus, in: Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 257-272.
- Teorell, Jan*, 2010: Determinants of Democratization: Explaining Regime Change in the World, 1972-2006. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tsebelis, George*, 2002: Veto Players. How Political Institutions Work. New York: Russell Sage Foundation.
- Vanhanen, Tatu*, 2003: Democratization. A Comparative Analysis of 170 Countries. London: Routledge.

*Wichard, Rudolf*, 1983: Demokratie und Demokratisierung. Texte zum Verständnis der modernen Demokratie-diskussion. Frankfurt a.M.: Diesterweg.

*Young, Iris Marion*, 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

*Zürn, Michael*, 2011: Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert, in: Politische Vierteljahresschrift 52:4, 603-635.